

Schulpflege und Stadt schieben sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe

BÜLACH Der Entscheid der Sekundarschulpflege, aus Platzgründen nicht ins neue Zentrale Verwaltungsgebäude einzuziehen, sorgte in den vergangenen Wochen für viel Wirbel. Nach der Kreisgemeindeversammlung sieht alles wieder anders aus. Nun wird die Stadt in einem schlechten Licht dargestellt.

«Parlamentarier hinterfragen Vorgehen der Sekundarschulpflege»: So titelte der ZU in der Ausgabe vom Mittwoch. Dass die Oberstufenschulgemeinde nicht ins Zentrale Verwaltungsgebäude einziehen will, stiess einigen Bülacher Gemeinderäten sauer auf. Nach der Kreisgemeindeversammlung am Donnerstag hat sich das Blatt aber gewendet. Sekundarschulpräsidentin Irene Jaggi erklärte dort: «Wir haben im April 2015 eine unverbindliche Bedarfserklärung für Büroräumlichkeiten im Zentralen Verwaltungsgebäude an die Stadtverwaltung abgegeben. Seither wurde weder eine Absichtserklärung noch eine Bestellung an die Stadt Bülach erteilt.» Aufgrund der Tatsache, dass die Sekundarschule Bülach eine eigenständige Kreisgemeinde mit eigener Behörde und Verwaltung sei, bestehe ein Platzbedarf von insgesamt rund 120 Quadratmetern, inklusive Sitzungszimmer und Archiv. Im Etagenplan der geplanten Büros, welchen die Sekundarschule vor einem Jahr erhielt, waren lediglich 55,6 Quadratmeter Platz für die Behörde vorgesehen. «Das ist zu wenig», ist sich Jaggi sicher.

Platzreserven im neuen Stadthaus vorgesehen

BSB-Gemeinderat Jörg Inhelder, der bei der Planung des neuen Stadthauses dabei war, sagte an

der Kreisgemeindeversammlung: «Im Zentralen Verwaltungsgebäude sind 190 Arbeitsplätze vorgesehen, 30 Prozent davon sind als Reserve geplant.» Heisst: Es gäbe durchaus genug Platz für die Schulpflege. Wieso besteht die Stadt also dennoch auf die 55,6 Quadratmeter? Stadtpräsident Mark Eberli sagt: «Wir haben beim Bedarf für uns und für die Sekundarschule immer gemäss der Anzahl Arbeitsplätze und nicht nach Quadratmetern gerechnet.» Den Bedarf der Sekundarschule an Arbeitsplätzen könne die Stadt erfüllen, aber nur nach dem anzuwendenden Standard von beispielsweise zehn Quadratmetern pro Arbeitsplatz in einem Mehrplatzbüro. Ein solches ist für Irene Jaggi nicht tragbar: «Wir haben Mitarbeiter, die vertrauliche Gespräche führen. Aufgrund des Datenschutzes ist das in einem Mehrplatzbüro nicht möglich.»

Mark Eberli führt weiter aus: «Die Frage ist, wofür mehr Platz benötigt wird. Für einen zusätzlichen und separaten Schalter ist kaum Platz vorhanden und wäre aus Synergiegründen nicht verständlich.» Aber ein oder zwei zusätzliche Arbeitsplätze seien auf jeden Fall verfügbar und Sitzungszimmer seien auch genügend vorhanden.

Abgestimmt wurde zu diesem Thema nicht. Zur Sprache kam es, weil Gemeinderat Daniel Wül-

ser (GLP) eine Anfrage eingereicht hat und die Schulpflege die anwesenden Stimmberechtigten im Traktandum Verschiedenes genauer über die Gründe ihrer Entscheidung informierten. Klar ist: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. «Ich habe Irene Jaggi mehrmals kommuniziert, dass wir bestimmt eine Lösung finden können. Ich würde das begrüßen.» Und auch die Schulpflegepräsidentin sagte am Donnerstag: «Ich werde nochmals mit Mark Eberli zusammensitzen.»

Berufswahlschule wird ausgebaut

Auch bei den drei weiteren Geschäften stellten die 80 Stimmberechtigten mehrere Fragen. Bei der Abrechnung des Informatikkonzeptes ging es zum Beispiel um die Handhabung mit den iPads, die jeder Sekundarschüler erhält. «Dürfen sie die Geräte am Schluss behalten?», so eine Frage. Markus Spühler, Schulleiter der Sekundarschule Hinterbirch, entgegnete: «Für einen Betrag von 100 Franken dürfen die Schülerinnen und Schüler das Gerät behalten. Geben sie das iPad wieder ab, verkaufen wir es über eine Online-Plattform.» Die Abrechnung wurde von einem offensichtlichen Mehr genehmigt.

Für den Ausbau der Berufswahlschule wurde ein Kredit von 1,8 Millionen Franken bewilligt. Grund zur Sorge gab aber ein FDP-Postulat, das kürzlich beim Zürcher Kantonsrat eingereicht wurde. Die Partei forderte darin eine «Überprüfung» des 10. Schuljahrs. Die aktuellen Berufsvorbereitungsjahre seien in einer

Zeit entwickelt worden, als die Lehrstellen noch knapp waren, begründete die FDP ihren Vorstoss. Zwischenzeitlich habe sich die Situation aber umgekehrt und viele Lehrstellen könnten nicht besetzt werden. Also stellt sich die Frage: Lohnt sich dieser Ausbau überhaupt? Rektor Christian Albrecht sagt: «Der neue Ausbau wird nicht plötzlich leer stehen. Wir rechnen nicht damit, dass die Schülerzahlen in den nächsten Jahren stark abnehmen werden.» Das Postulat der FDP wurde abgeschrieben – in erster Linie, weil die Bildungsdirektion in der Zwischenzeit selber tätig wurde, um das Angebot zu straffen.

Steuerfuss um ein Prozent gesenkt

Der Voranschlag 2019 wurde diskussionslos genehmigt. Die laufende Rechnung schliesst bei einem Aufwand von rund 29,3 Millionen Franken und einem Ertrag von rund 29,8 Millionen Franken. Daraus ergibt sich ein Ertragsüberschuss von 484 000 Franken. Das Eigenkapital beträgt Ende Rechnungsjahr 36 Millionen Franken.

Aufgrund der positiven Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre beantragte die Sekundarschule den Stimmberechtigten, den Steuerfuss um ein Prozent zu senken. GLP-Mitglied Fabrizio Arman stellte daraufhin einen Änderungsantrag: «Der Steuerfuss ist um zwei Prozent zu senken.» Mit 29 Ja- zu 42 Nein-Stimmen scheiterte Arman jedoch mit seinem Anliegen. Letztlich wurde die Senkung um ein Prozent gutgeheissen. Flavio Zwahlen

«Ich bedaure, dass die Geschichte nun so dargestellt wird.»

Mark Eberli,
Stadtpräsident Bülach

Anlässe

EMBRACH Offener Sonntag im Embrachertal

Zum 19. Mal organisiert der Gewerbeverein Embrachertal (GVET) seinen verkaufsoffenen Sonntag. Zahlreiche Unternehmen in den Gemeinden Lufingen, Oberembrach, Embrach, Rorbas, Freienstein und Teufen beteiligen sich an diesem Anlass. Von 10 bis 17 Uhr werden den Besucherinnen und Besuchern an über 30 Standorten zahlreiche Attraktionen und Verpflegungsmöglichkeiten angeboten. Zwischen den einzelnen Standorten verkehrt ein Gratis-Shuttlebus. red

KLOTEN Adventskonzert mit Gospel Voice

Gospel Voice Winterthur ist ein Laienchor, der seit 25 Jahren besteht. Die Sängerinnen und Sänger möchten an ihren Konzerten und Auftritten den Funken des Gospels auf ihr Publikum überspringen lassen. Ob Traditionals, ruhige Balladen oder moderne Gospels – es ist für jeden etwas dabei. Am kommenden Dienstag, 27. November, um 19 Uhr lädt das Pflegezentrum Im Spitz in Kloten seine Bewohnerinnen und Bewohner sowie deren Familienangehörige zum feierlichen Adventskonzert ein. Bereits zum dritten Mal umrahmt der Gospelchor Gospel Voice aus Winterthur diesen Anlass. Mit besinnlichen Melodien und Gospels zaubern die rund 25 Sängerinnen und Sänger eine besondere weihnachtliche Atmosphäre herbei und stimmen ihr Publikum auf die bevorstehende Adventszeit ein. Der Anlass ist öffentlich. red

Weshalb es manchmal im Getriebe der Ämter harzt

OTELFINGEN «Wenn Beamte die Initiative übernehmen», so lautete der Titel der zehnten Furttal-Arena am Donnerstag im Otelfinger Golfpark. Die Standortförderung Furttal lud dazu fünf Kantonsräte ein, um mit ihnen zu diskutieren, was passiert, wenn Beamte über ihren Kompetenzbereich hinaus agieren.

«Auch nach vielen Jahren in der Politik habe ich noch kein Rezept gefunden, um die Bürokratie einzudämmen», bemerkte Kantonsrat Josef Wiederkehr (CVP) in seinem Eingangsreferat zur 10. Furttal-Arena. Dem Fraktionspräsidenten und Unternehmer ist restriktive Gesetzgebung seit geraumer Zeit ein Dorn im Auge.

In seiner Heimatstadt Dietikon kämpft man seit 13 Jahren um Bauprojekte im Gebiet Silberner-Lerzen-Stierenmatt (SLS). Eine neue Schule soll dort stehen und die Kläranlage und Kehrtrichterverbrennungsanlage erweitert werden. Was diesen Bauten im Weg steht, ist die über 30 Jahre alte Rothenthurm-Initiative, mit welcher der Moorschutz Einzug in die Verfassung fand. Obwohl lediglich drei Prozent des SLS-Gebietes Moorland sind, werden die Projekte blockiert. Für Wiederkehr ist das unverständlich: «Wir müssen den Mut zur Selbstregulation wieder finden und den Unternehmertegeist der Schweizer walten lassen», sagte er.

Absurde Abschreibung

Die Gemeinde Regensdorf wiederum schlägt sich gegenwärtig mit der Durchsetzung des harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2) herum. Für 2019 wurde ursprünglich ein Plus von 1,6 Millionen Franken budgetiert, bis das Gemeindeamt einschnitt. Nun muss Regensdorf

laut Gemeindepräsident Max Walter ein Defizit von über 6 Millionen Franken verzeichnen, weil nach HRM2 Finanzausgleiche vom Vorjahr anders deklariert werden müssen. «Nach dem Gesetz müssten wir eigentlich unsere Steuern erhöhen», erklärte Walter. Dabei handle es sich jedoch nur um eine buchhalterische Formalität, weshalb Regensdorf und viele andere Gemeinden nochmals über die Bücher müssen. «Es ist eine absurde Abschreibung von Beträgen, die nicht budgetrelevant sind», hielt er fest.

Zu hohe Bevölkerungsdichte

In der anschliessenden Podiumsdiskussion fühlte Moderator Roger Strebel den anwesenden Kantonsräten dann auf den Zahn. «Wie kommt es, dass in einem bürgerlich regierten Land wie der Schweiz die Regulierung zunimmt?», fragte er in die Runde.

Für Kantonsrat Beat Huber (SVP) ist dies im Kanton Zürich vor allem auf die Bevölkerungsdichte zurückzuführen. Diese setze voraus, dass genügend Gesetze den Schutz der Bevölkerung gewährleisten. Kantonsrätin Barbara Schaffner (GLP) entgegnete, dass diese hohen Ansprüche auch im privaten Sektor steigen und immer mehr Zertifikate und Qualitätslabel verlangt werden. Das Thema des sogenannten Zürich-Finish wurde aufgegriffen.



Gesprächsleiter Roger Strebel (v.l.) sucht mit SVP-Kantonsrätin Erika Zahler und den beiden Kantonsräten Josef Wiederkehr (CVP) und Beat Huber (SVP) nach Rezepten, damit politische Geschäfte nicht an der Bürokratie scheitern.

Foto: Astrit Abazi

«Heute will man alles vergolden», sagte Erika Zahler (SVP), wobei es laut der Kantonsrätin oft nachhaltiger wäre, weniger zu regulieren, was auch bei den Budgets helfen würde.

Probleme nicht durchdacht

Als es scharfe Kritik gegenüber Beamten hagelte, meldete sich

Fritz Zollinger aus dem Publikum zu Wort. Zollinger, der den Zirkus Otelli leitet, arbeitete vor seiner Pensionierung fast 30 Jahre in verschiedenen Ämtern des Kantons Zürich und leitete unter anderem die Abteilung Landwirtschaft in der Baudirektion. Die Bürokratie in den Ämtern ist laut Zollinger oft darauf zurück-

zuführen, dass Juristen in jeden Schritt eingreifen und Prozesse lahmlegen. Für den Otelfinger steht auch fest: «Beamte erlassen Verordnungen nur, wenn die Politik ein Problem nicht zu Ende denkt.»

In einem Aspekt waren sich die Anwesenden einig: Die Gesetze müssen den Willen der Bevölke-

rung widerspiegeln. Heinz Gärtner, Geschäftsführer der Standortförderung Furttal, zeigte sich sichtlich zufrieden über die ertragreichen Diskussionen. «Wir haben heute gesehen, dass es irgendwo im Getriebe harzt. Jetzt liegt es an uns, eine Lösung zu finden», fasste er zusammen.

Astrit Abazi